

Alarm für Mittelmeer-Flotte

Libanon fordert westliche Truppenhilfe — Sicherheitsrat soll eingreifen

Bagdad/Washington (ap/dpa). Der blutige Staatsstreich in dem arabischen Ölland Irak, durch den in den Morgenstunden des Montags die prowestliche Regierung gestürzt worden war, hat in den westlichen Hauptstädten wie ein Schock gewirkt und höchste Alarmstimmung ausgelöst. Auf einer eilig einberufenen Sondersitzung der amerikanischen Regierung wurde beschlossen, die Einberufung des Weltsicherheitsrates zu fordern. Zur Beratung stand ebenso wie in London auch ein dringender Appell des libanesischen Staatspräsidenten Schamun an die USA, Großbritannien und Frankreich, Truppen nach dem Libanon zu entsenden. Die 6. US-Flotte im Mittelmeer wurde bereits in Alarmbereitschaft gesetzt, während ein französischer Kreuzer und drei Zerstörer die Mittelmeerinsel Kreta anließen.

So spielten sich nach arabischen Berichten die Ereignisse im Irak ab:

Eine Gruppe junger Offiziere der irakischen Armee riß in den frühen Morgenstunden des Montags überraschend die Macht an sich, besetzte wichtige Schlüsselstellen, erklärte über den Rundfunk die Monarchie für gestürzt und rief die Republik Irak aus.

König Feisal wurde unter Hausarrest gestellt; sein Onkel, der Thronfolger und frühere Regent Abdul Illah, von einer Volksmenge erschlagen, seine Leiche zerstückelt und verbrannt; Ministerpräsident Nuri es-Said soll auf der Flucht erschossen worden sein.

Die Aufständischen bildeten eine Revolutionsregierung und einen „Souveränitätsrat“, dessen Präsident General Najib al Rabia ist. Der Souveränitätsrat verkündete das Standrecht und eine allgemeine Ausgangssperre, sperrte die Grenzen und die Flugplätze und ernannte Armeestabschef Ahmed Saleh zum Militärgouverneur.

Chef der neuen Regierung, die sich aus 14 Militärs und Zivilisten zusammensetzt, und zugleich neuer Armeoberbefehlshaber wurde Brigadegeneral Abdel Kerim Ghaseem, der den Putsch durchgeführt hat. Außerdem wurden sämtliche Führungsstellen der Armee neu besetzt. Die erste Amtshand-

lung der neuen irakischen Regierung war die Anerkennung der Vereinigten Arabischen Republik. Die Revolution wurde

In Istanbul wartete man vergeblich

Der Staatsstreich im Irak erging sich an dem gleichen Tage, an dem in der türkischen Stadt Istanbul eine Konferenz des Bagdad-Paktes stattfanden sollte. Der Irak ist das einzige arabische Mitglied des Paktes. Auf dem Flughafen wartete man jedoch vergeblich auf das Eintreffen der irakischen Staatsmänner und entschloß sich schließlich — wie verlautet, aus Sicherheitsgründen — die Konferenz in die türkische Hauptstadt Ankara zu verlegen. Hier versammelten sich am Montagabend die Ministerpräsidenten der Türkei, Persiens und Pakistans, um über die neueste Entwicklung zu beraten.

Geheimdienste wußten nichts

Auch die westlichen Geheimdienste haben offensichtlich keine Anzeichen für außergewöhnliche Ereignisse im Irak bemerkt. Nur so ist die Bestürzung zu verstehen, die am Montag in den westlichen Hauptstädten herrschte.

In Großbritannien wird befürchtet, daß nicht nur der Bestand des Bagdadpaktes gefähr-

unter der Parole geführt: Arabische Befreiung und Einheit des Arabertums unter Führung Präsident Nassers. König Hussein von Jordanien hat die Verantwortung für die Staatssicherheit auch im irakischen Landes- teil der „Arabischen Union“ übernommen; die Union ist der Zusammenschluß der Königreiche Husseins und seines Veters König Feisal.

Nach italienischen Berichten soll die britische Botschaft in Bagdad von Aufständischen gestürmt und in Brand gesteckt worden sein.

det ist, sondern daß auch die in britischem Besitz befindliche irakische Erdölgesellschaft, die drittgrößte des Nahen Ostens, enteignet wird. Mit einer Jahresproduktion von über 30 Millionen Tonnen gehört der Irak zu den größten Erdölproduzenten der Welt.

Die antiwestliche Revolution im Irak wird außerdem unter Umständen ähnliche Aufstände in Jordanien und in Saudi-Arabien nach sich ziehen. Die Aufständischen im Libanon, die bereits seit zehn Wochen kämpfen, dürften kurz vor ihrem Sieg stehen.

Demonstrationen in Bagdad

Radio Bagdad übertrug Montag mittag eine Massenkundgebung in der irakischen Hauptstadt. Die Menge schrie: „Ein arabisches Volk, eine arabische Armee, ein arabischer Kampf, Nasser, wir sind deine Soldaten.“ Die Rundfunkstation wiederholte den Aufruf der neuen Regierung an die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren und sich vor allem nicht zu Gewalttaten gegen Ausländer oder ausländisches Eigentum hinreißen zu lassen.

Tatsachen und Möglichkeiten

K. W. E. Die deutschen Parteien insgesamt sind erschrocken, wie schnell der Chef der sowjetischen Einheitspartei auf ihre gemeinsame Initiative, den vier Mächten eine Vierer-Kommission zur Behandlung des Deutschland-Problems zu empfehlen, reagiert hat. Sie sollten nicht erschrocken sein. Ihr Plan, der bisher erst eine Forderung an die Bundesregierung ist, wurde auf dem staatspolitischen Raum geboren — und auf keinem Parteitag. Chruschtschow und schon gar sein getreuer Statthalter Ulbricht aber sprachen auf einem Parteitag. Wenn man auch bei totalitären Staaten Parteitage weitgehend mit Staatsaktionen gleichzusetzen hat, so soll doch berücksichtigt bleiben, wie eilig und wie beinahe hitzig sich der aus Moskau herangeflogene Chef des Kremles anschickte, auf dem Ostberliner Versuchsfeld gegen all und jeden in der Welt um sich zu schlagen. Wir haben sogar den Eindruck, daß Chruschtschow über nichts so verärgert und schockiert war wie darüber, daß er aus der Bundesrepublik seit langem wieder einmal ein gemeinsames politisches Aufgabenfeld angeboten bekam. Gerade er hatte sich darauf eingestellt, gewissermaßen zwei Lager in der Bundesrepublik zu kultivieren, mit denen zu operieren ihm sehr viel günstigere Perspektiven eröffnete.

*

Der Beschluß des Bundestages, an die vier Mächte in Washington, London, Paris, Moskau das Verlangen nach einer Viererkommission heranzutragen, war noch vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, mitten im turbulenten Meinungskampf, gefaßt worden. Nach den Wahlen, die Adenauer einen so bedeutenden Erfolg eingebracht haben, ist sowohl für die Parteien wie für die sowjetischen Erwartungen an die deutschen Innenfronten manches anders geworden. Die Parteien der Bundesrepublik haben in diesen Tagen versucht, ihre Lehren aus dem Ereignis von Nordrhein-Westfalen zu ziehen. Ge-

wöhnlich hat der Hauptsieger dabei am wenigsten zu tun. Aber uns scheint, als wünsche die CDU sich besonders genau darüber klarzuwerden, was sie mit dem neuen, in dieser Eindeutigkeit nur von den wenigsten erwarteten Sieg anzufangen habe. In ihren Wahlparolen hatte sie dem Entweder-Oder der politischen Propaganda die kräftigsten Konturen gegeben. Genauso kräftig wie die Sozialdemokraten, die glaubten, mit der psychologisch eindringlichen Schwarzweißdeise vom Atomtod die Wählerschaft für sich gewinnen zu können. Man weiß heute, daß ein sozialdemokratischer Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen Deutschland natürlich nicht zur Beute der Sowjetunion gemacht hätte, wie schon gar nicht der christlich-demokratische Erfolg das Land dem Atomtod ausgeliefert hat. Die Parteien haben aber zu erkennen, daß das Wählervolk viel nüchterner und eindeutiger politisch zu denken und zu urteilen gelernt hat, als es die Partei-Ideologen wahrhaben wollen.

*

Eine solche Erkenntnis müßte eigentlich zu einem allmählichen Abbau der künstlichen Lager führen, in die die politische Propaganda das deutsche Volk in der Bundesrepublik dem Scheine nach getrennt hat. Die erste Frage, die gestellt worden ist, betrifft die „Aktion gegen den Atomtod“. Die Sozialdemokraten haben sie nicht nur schwer auf die Waagschale der Wahl geworfen, sondern sie haben versucht, mit dieser Aktion den Gewerkschaftsbund, bestimmte Gruppen in der evangelischen Kirche und Schichten mit besonderer Gefühlshaltung zu gewinnen.

Wenn man in die ersten kritischen Reaktionen der sozialdemokratischen Zweitgewinner von der Ruhr hineinhorcht, dann glaubt man Stimmen zu erkennen, die zum Abbau der Lager raten, die das politische Klima der Bundesrepublik bisweilen so aufgeraut haben. Insbesondere zeigen sich gewisse, freilich zaghafte Annäherungen in der Frage des Verhaltens gegenüber unseren östlichen Bedrängern.

*

Der Weg, der zu dem Wunsch nach einem deutschen Schritt

gegenüber den vier Weltmächten geführt hat, war ein kleines Stück Weges zu solcher möglichen Annäherung. Die Wahlkämpfe der kommenden Monate werden weitere Schritte natürlich erschweren. Doch die Parteien gehen ja an die vier nächsten Länderwahlen mit anderen Anforderungen und Voraussetzungen als an die Wahl von Nordrhein-Westfalen. Eine Berichtigung der Volksmeinung gegenüber der Bundestagswahl, wie sie die Opposition mit Sicherheit jetzt erwartet hatte, kann sie für die nächsten Wahlen nun nicht mehr erhoffen.

Es ist abzusehen, daß auch die Parteien — außerhalb der CDU — ihre Politik diesmal eher auf die Mentalität des Volkes ausrichten werden, wie sie sich am vorigen Sonntag so deutlich erklärt hat. Vor allem ist dies von den Freien Demokraten zu erwarten. Ihr Parteivorsitzender Maier hat in seiner pointenreichen Sprache schon jetzt allen jenen „Ideen mit schnell schwindender Werbekraft“ den Abschied gegeben. Und wenn auf der Frankfurter Parteivorstandssitzung die Unabhängigkeit der FDP, die so hart geschlagen wurde, betont wird, so bedeutet das heute schon die Befreiung aus dem strikten Abenteuer „Opposition“, in das die Düsseldorfer „Jungfürken“ mit ihrem Bonner Mentor Mende die einst so wichtige liberale Partei geführt hatten.

*

Die Versuche mit der anderen Politik, mit der Unbedingtheit, das Andere und das Gegen-teilige zu wollen, sind fehlgeschlagen. Um der Existenz der Parteien selbst willen scheinen sie jetzt, nach diesem letzten Votum, daranzugehen, das Rezept der ständig Erfolgreichen auf ihre Weise vorsichtig zu übernehmen. In der politischen Praxis des Staates müßte das von hohem Nutzen für alle jene Aufgaben sein, die insbesondere das gemeinsame und geschlossene Auftreten der Bundesrepublik verlangen. Wir brauchen keine Furcht zu haben, daß bei dieser Bemühung um die Wirklichkeit der Volksmeinung die Opposition lahm würde und die Regierungsführung unbestritten bliebe.

Der Aufstand der Gefangenen

Vor fünf Jahren in Workuta — 150000 politische Häftlinge widersetzten sich

Vor fünf Jahren begann in Workuta, Europas nordöstlichster Stadt, jener grandiose Streik der 150 000, auf 40 Kohlenschachtlager verteilten politischen Sträflinge aus vielen Völkern der Sowjetunion und des Auslandes, der die Wende des politischen Zwangsarbeitslagersystems in der Sowjetunion einleitete. Den vorliegenden Bericht schrieb ein Häftling, der die denkwürdigen Tage selbst miterlebte.

Workuta, die sich über ein riesiges Areal nördlich des Polarkreises erstreckende Kohlenstadt westlich des Ural in der sogenannten Autonomen Komi-Republik der Sowjetunion, ist eines der vielen sowjetischen Straflagergebiete, in dem wir viele Jahre lang in harter internationaler Zwangsgemeinschaft politischer Sträflinge vegetieren mußten. Bei schwerster Arbeit im Schacht oder über Tage, in primitivsten Barackenunterkünften, unter unbarmherzigen klimatischen Bedingungen und bei kümmerlicher Verpflegung, die erst gegen Ende der Gefangenschaft für uns Deutsche durch Pakete aus der Heimat aufge bessert werden konnte, wurden wir Prüfungen unterzogen, an denen viele Männer und Frauen äußerlich oder innerlich zerbrechen mußten.

Neulinge aus Kasachstan

Eines Junitages 1953 kam ins Schachtlager Nr. 7, wo ich damals lebte, ein neuer Sträflingstransport aus Karaganda, einem der großen Straflagergebiete in Kasachstan. Wie üblich kamen die etwa 100 Neulinge zunächst in eine Quarantänebaracke. Als sie nach Ende der Quarantänezeit zur Arbeit gehen sollten, weigerten sie sich wie ein Mann. Derart geschlossene Arbeitsverweigerungen waren bisher aus einer Menge von plausiblen Gründen unter politischen Sträflingen nicht üblich gewesen. Hinter einem MWD-Sergeanten, der die Arbeitsverweigerer eines Besseren belehren wollte, flogen Schrubber und andere Gegenstände her, ein bis dahin unerhörter Vorgang.

Unter den Neulingen befand sich eine Reihe von beherzten Männern, die die labile Lage nach Stalins Tod und Berijas Verhaftung zugunsten der Gefangenen ausnutzen wollten. Sie standen nach einem nur

für Eingeweihte durchsichtigen System mit anderen, teilweise weit entfernten politischen Straflagern in Verbindung und berichteten, daß vor allem in den politischen Straflagern Kasachstans die Zeichen auf Sturm ständen.

Ein ehemaliger Oberst

Als die Brigade, in der ich damals im Schacht über Tage arbeitete, am Morgen des 17. Juli nach der Nachtschicht auf die ablösende Brigade wartete, stellten wir bald fest, daß überhaupt keine Morgenschicht in den Schacht gekommen war. Wir konnten uns schon denken, was geschehen war, und triumphierten innerlich. Kleinelaut führte uns die Wachmannschaft ins Lager zurück. Dort war unterdessen der Streik beschlossene Sache geworden. Ein Streikkomitee unter Vorsitz eines russischen Sträflings, früher Oberst der sowjetischen Armee und Held der Sowjetunion, der zu den Neulingen aus Karaganda gehörte, hatte die Führung im Lager an sich gerissen.

Die MWD-Lagerleitung hatte kapituliert und unternahm zunächst gar nichts. Ihrem Versuche, uns unter Lockungen oder Drohungen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, setzten wir entweder eisiges Schweigen, Gelächter oder Gegenargumente entgegen. Bald gingen, nicht zuletzt mit Hilfe des in alle Schächte fahrenden freien Eisenbahnpersonals, Nachrichten ein, daß sich die Streikbewegung auf andere Schächte ausdehnte. Nach vier Tagen streikten alle 150 000 politischen Sträflinge von Workuta.

Wie durch einen geheimnisvollen Draht waren alle Workuta-Lager miteinander verbunden. Ihre Streikkomitees stellten überall die gleichen Forderungen auf: sofortige Amnestierung bestimmter Häft-

lingsgruppen, Beseitigung der Nummern auf der Kleidung und des Stacheldrahts u. a. m.

Als unsere Spannung den Höhepunkt erreicht hatte, erschien Ende Juli eine Kommission auch in unserem Schachtlager 7. Nach dem Mittagessen waren wir 2400 Sträflinge alle in einem Rechteck auf einem großen Platz im Lager angetreten. Pünktlich um drei Uhr nachmittags hielt die aus zahlreichen MWD-Offizieren aller Ränge zusammengesetzte Kommission aus Moskau mit einem der stellvertretenden Innenminister, Armeegeneral Maslenikow, an der Spitze unter dem Beifallsklatschen aller Gefangenen ihren Einzug in unser riesiges Rechteck.

Dann sprach General Maslenikow. Er nannte uns immer wieder „grashdanije sakljutschonnyje“ (Bürger Häftlinge) und hielt es für angebracht, obgleich er gewisse Mißstände zugab, uns das Verwerfliche unserer Handlungsweise vorzuhalten. Er hub sogar an, eine Reihe von Versprechungen zu machen.

Befehl durch Lautsprecher

Zwei Tage später kam die Krise. Unser riesiges Lager wurde von MWD-Truppen mit Maschinengewehren umstellt. Durch Lautsprecher wurde der Befehl bekanntgegeben, daß sämtliche gesunden Sträflinge das Lager zu verlassen und in der Tundra Aufstellung zu nehmen hätten; das würde als Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit angesehen. Wer diesem Befehle nicht Folge leiste, habe mit schwerer Bestrafung zu rechnen.

Ich kam mit einigen anderen ins Schachtlager 29. Dort hatte das Ende des Streiks eine besonders tragische Wendung genommen. Nachdem derselbe Befehl wie im Schachtlager 7 verkündet worden war, forderte die Streikleitung die Sträflinge auf, den Streik unter allen Umständen fortzusetzen. In großen Haufen, Arm in Arm, zogen Hunderte von Gefangenen ans Lagertor, um niemanden hinaus in die Tundra zu

lassen. Plötzlich wurde blind in die Menschenhaufen, ins ganze Lager hineingeschossen. Der böse Dämon Bolschewismus ließ auch nach Stalins Tod nicht mit sich spaßen. Das Ergebnis: 65 Tote, darunter einige Deutsche und Österreicher, und 120 Verletzte. Nach vierzehn Tagen war der Streik in Workuta unter Drohungen mit Maschinengewehren und in einem Lager sogar unter dem Hagel von Geschossen zusammengebrochen.

Endlich entlassen

Aber der Streik war dennoch nicht vergeblich gewesen. Das Regime in den Lagern wurde entscheidend gemildert. Die ganze Atmosphäre änderte sich. Erleichterungen wurden eingeführt. Die Straferlasse mehrten sich. Zunächst wurden die

Ausländer nach und nach in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Wir letzten Deutschen kamen 1955, nachdem Bundeskanzler Adenauer in Moskau gewesen war, endlich in die Heimat zurück.

Unterdessen sind auch rund zwei Drittel der sowjetischen politischen Sträflinge wieder frei geworden. Allerdings mußten viele in die Verbannung, wo sie aber wenigstens mit ihren Familien zusammenleben können. Die in Workuta zurückgebliebenen politischen Häftlinge leben zur Zeit unter vergleichsweise besseren Bedingungen als wir. Zusammen mit ihren Leidensgenossen in anderen Lagergebieten bilden sie immer noch eine Millionenschar, die auf ihre Befreiung wartet. C. Z.

Überwachung der Arktis vordringlich

Amerikanische Antwort an Chruschtschow

Washington (ap). Die Vereinigten Staaten werden wahrscheinlich noch in dieser Woche auf den Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 2. Juli antworten, durch militärische Sachverständige aus Ost und West die Möglichkeiten einer Verhinderung von Überraschungsangriffen prüfen zu lassen.

Wie aus amerikanischen Regierungskreisen verlautet, hat Präsident Eisenhower bei seiner kürzlichen Zusammenkunft mit dem kanadischen Ministerpräsidenten Diefenbaker jedoch Übereinstimmung erzielt, daß erst Klarheit über die Inspektionszonen geschaffen werden müsse. Chruschtschow hatte in seinem Vorschlag die Arktis nicht erwähnt. In dem amerikanischen Antwortschreiben soll dem Vernehmen nach jedoch hervorgehoben werden, daß die nordamerikanischen Staaten ein Inspektionssystem in der Arktis für die Erhaltung des Friedens für wesentlich halten. Die kanadische Regierung soll hieran besonders interessiert sein, weil dies zu einer Verminderung ihrer Verteidigungsausgaben führen könnte.

Wie weiter bekannt wurde, erklärte Eisenhower sich in seinen Verhandlungen mit Diefenbaker bereit, kanadische Niederlassungen

schwer Firmen, die für den Export nach kommunistischen Ländern den amerikanischen Embargobestimmungen unterliegen, diese Ausfuhren zu gestatten, wenn andernfalls die kanadische Wirtschaft darunter leiden würde. Dies soll sich zunächst auf 1000 Lastwagen beziehen, welche die Volksrepublik China von der kanadischen Niederlassung der Fordwerke vor einigen Wochen kaufen wollte.

Prekäre Lage im Interzonenhandel

Bonn nimmt Stellung — Planungsfehler Pankows

Bonn (dpa). Die gegenwärtige Lage des Interzonenhandels wurde im Bundeswirtschaftsministerium als „prekär“ bezeichnet. Die schwierige Situation sei vor allem auf Lieferrückstände der Sowjetzone zurückzuführen, die sich wahrscheinlich auf Grund falscher Planungen in der „DDR“-Wirtschaft ergeben hätten. Das Bundeswirtschaftsministerium nahm mit dieser Erklärung zu den Pankower Vorwürfen Stellung, daß das Ministerium die Liefergenehmigungen für westdeutsche Firmen zurückhalte.

Vom Bundeswirtschaftsministerium wird vor allem auf die Warenlieferungen über das „Un-

USA: Kein Pankow-Gespräch

Washington (ap). Die USA haben, wie berichtet, gegen den Abschluß eines amerikanischen Transportflugzeuges über sowjetischem Gebiet protestiert. Gleichzeitig erneuerte die amerikanische Regierung ihre Forderung nach sofortiger Freilassung der in der Sowjetzone festgehaltenen amerikanischen Flieger, die sich mit ihrem Hubschrauber verfliegen hatten. Die Protestnote wurde dem sowjetischen Botschafter Menschikow von Unterstaatssekretär Murphy ausgehändigt. Murphy benutzte die Gelegenheit zu einer längeren Aussprache mit Menschikow. Dabei betonte er, daß seine Regierung nicht die Absicht habe, bei der Regierung der Sowjetzone wegen der Freilassung der amerikanischen Flieger zu intervenieren.

Flüchtlingsstrom schwillt an

Bonn (dpa). Die Zahl der Sowjetzonenflüchtlinge, die in Berlin und den Lagern Gießen und Uelzen aufgenommen wurden, hat in der letzten Woche erheblich zugenommen. Sie betrug 4225 im Vergleich zu 3369 in der Vorwoche. In Berlin meldeten sich 2533 (1834) und in Gießen und Uelzen 1692 (1535) Flüchtlinge aus der Sowjetzone.

terkonto 6“ hingewiesen. Dabei habe die Sowjetzone den für Fertigwaren vorgesehenen Spielraum von 110 Millionen Mark bereits überschritten. Da im Interzonenhandel nicht bar bezahlt, sondern Ware gegen Ware geliefert wird, muß nach Auffassung des Bundeswirtschaftsministeriums die „DDR“ durch ihre Gegenlieferungen das Konto erst ausgleichen, bevor weitere Genehmigungen größeren Stils durch das Bundeswirtschaftsministerium erfolgen können.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Feind und Vorbild ist der Westen

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mittelddeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Mehrfach haben Chruschtschow und Ulbricht, die Bremsklötze zur deutschen Einheit, in ihren Reden betont, daß die Sowjetzone das Vorbild für ein Gesamtdeutschland sein soll. Gleichzeitig forderten sie die Zonenbevölkerung auf, den verhaßten Kapitalistenstaat einzuholen und zu überholen. Dabei ist sowohl die Pro-Kopf-Versorgung der Bundesrepublik als die industrielle Leistung Westdeutschlands Vorbild. Man strebt dem Vorbild nach und beschimpft es im gleichen Atemzug als sterbendes Abendland.

ROSTOCK

Ostseewoche als Kopie der „Kieler Woche“. Zahlreiche sportliche und kulturelle Veranstaltungen auf der Ostseewoche erfreuten sich einem Zuspruch der Zehntausende. Das Fischerfest in Warnemünde, das Strandfest in Kühlungsborn, die vielen Sportveranstaltungen in den Städten und Dörfern. In Rerik wurde von der SED eine Miß-Wahl als „Körung“ bezeichnet und als kapitalistische Unsitte beschimpft. In Warnemünde stieg anlässlich eines Volksfestes Neptun aus dem Wasser und besudelte verkleidete Gestalten, die Atomkrieger, Schlotbarone und Kapitalisten darstellen sollten, mit Dreck und Schlamm, um sie aus dem Gebiet der Zone zu verjagen. Die politische Unterströmung wurde von den Einheimischen, von den Gästen und selbst von Funktionären vermieden. Die Arbeiterkonferenz, die Frauenkonferenz, die politischen Kundgebungen waren schlecht besucht. Die Propagandawalze schien reichlich erschöpft. Die skandinavischen Gäste zeigten sich von der politischen Propaganda gegen die Bundesrepublik peinlich berührt. Ein Saßnitzer Fischer sagte zu einem schwedischen KP-Funktionär, daß alles Reden nutzlos sei, solange die Tatsachen die Propaganda widerlegen.

ZITTAU

Keine Privatreisen nach Westdeutschland. In den VEB „Ro-

bur-Werken“, Zittau, mußte die Werkleitung und das Abteilungsleiterkollektiv auf Druck des Parteisekretärs folgende Verpflichtung unterschreiben: „Die Imperialisten in Westdeutschland bereiten gegen den Willen des Volkes einen Atomkrieg vor. Wie der Fall des bekannten Rekordschwimmers Hans Zierold wiederum zeigt, erschrecken die Kriegstreiber nicht davor zurück, mit dem Mittel der Abwerbung die Friedensbestrebungen unserer Arbeiter- und Bauernmacht zu stören. Auch Inhaftierungen von aufrechten DDR-Bürgern, die sich vorübergehend in Westdeutschland aufhalten (meistens im Auftrage der SED), dienen diesem Zweck. Deshalb haben die Werkleitung und das Kollektiv der Abteilungsleiter unseres Betriebes beschlossen, ohne zwingende Notwendigkeit keine privaten Urlaubsreisen nach Westdeutschland zu unternehmen. Wir hoffen, daß alle Belegschaftsmitglieder unseres Werkes unserem Beispiel folgen.“

Die Betriebszeitung des Werkes „Im Scheinwerferlicht“ veröffentlicht eine Serie: Hat es immer einen Glauben an Gott gegeben? Am Beispiel Pithecanthropus, des vor 800 000 Jahren auf der Erde angetroffenen affenähnlichen Lebewesens, aus dem sich der Mensch entwickelt haben soll, will die SED nachweisen, daß die Urwesen gottlos waren. Charles Darwin wird als Kronzeuge dieser Überlegungen angeführt.

DESSAU

Nur Westpillen helfen wirklich. Im Elektromotorenwerk Dessau wird ein verzweifelter Kampf gegen die Ansicht geführt, Westmedikamente seien besser. Die mitteldeutsche Bevölkerung habe eine Zwangsvorstellung, die bedenklich stimmen müßte, weil der Name „Westpräparat“ bereits Wunder wirke.

Ferien und Ferienspiele. Vom 7. Juli bis 23. August sind große Ferien. Der SED-Staat hat sehr umfangreiche Mittel

für die Schulkinder zur Verfügung gestellt. Für drei Wochen müssen die Kinder 1,— DM Ost zahlen und bekommen dafür Essen und werden betreut. Ferienlager an der Ostsee können für einen Unkostenbeitrag von 12,— DM Ost drei Wochen besucht werden. Diese Einrichtungen gelten als Errungenschaften der SED, die einmal für Gesamtdeutschland vorbildlich sein sollen. Man will in diesem Jahre sogar die Politik zurückstellen.

LEIPZIG

Der Feind steht in Westdeutschland. Die Propaganda gegen die Bundesrepublik nimmt in den mitteldeutschen Betrieben bedenkliche Formen an: Im VEB „Blechverformungswerk“, Leipzig, hängt ein Gedicht mit der Überschrift: „Gewidmet den Vätern, die ihre Söhne nach Westdeutschland gehen lassen“. Die erste Strophe lautet:

„Ist dein Erleben schon so weit entückt,

daß du es heute schon ver-gessen?

Schielst nach dem Westen und staunst entzückt

die schillernde Fassade an. Und hörst nicht die Totenmessen, mit denen man deine Söhne beglückt?“

Die Betriebszeitung „Kraftstoffbehälter“ fordert die Arbeiter auf, anstatt nach Westdeutschland zu schielen, die Produktivität zu erhöhen und anlässlich des V. Parteitages die Unfallquoten, die Krankenzahlen und den Ausschuß zu senken.

Mit viel Spaß sind die Jungen und Mädchen beim Wandern. Zum Erwerb des Touristenabzeichens sind folgende Grundbedingungen gesetzt: Teilnahme an zwei Wochenendwanderungen mit Übernachtung, eine Tageswanderung von 20 km mit Gepäck, eine Nachtwanderung von 10 km, Bestimmungen der Himmelsrichtungen ohne Kompaß mit der Uhr nach natürlichen Hilfsmitteln usw. Verboten sind Wanderungen in die Bundesrepublik.

Wie lebt man heute in Stettin?

Mit der Rückfahrkarte über die Oder-Neiße-Linie

Es hat lange gedauert, bis sie Rückfahrkarte und Paß mit Visum in die Handtasche stecken konnte, aber nun befindet sich Frau Irmgard auf der Reise zu ihrer Schwester nach Stettin. Beim Umsteigen in Reppen gewinnt sie den ersten Eindruck von den Verhältnissen in den heute polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten.

Endlich fuhr der Zug nach Stettin ein. Aber wie vorsintflutlich sahen dessen Wagen gegen den Warschauer Zug aus. Frau Irmgard hatte nur den einen Wunsch, ein Abteil zu finden, in dem nicht so verwegene männliche Gestalten saßen wie im Wartesaal. Sie hatte Glück. Ihr einziger männlicher Mitreisender war ein junger Grieche, der in Stettin eine Hochschule besucht.

Jetzt folgte die letzte Etappe der Reise: Küstrin, Königsberg/Neumark und Greifenhagen, das schon eher Stadtrecht besaß als Warschau und Krakau. Greifenhagen liegt noch zum größten Teil in Trümmern. Und nun die Strecke zwischen Greifenhagen und Stettin, die Frau Irmgard von Kindheit an vertraut ist.

Wie haben hier früher die Felder bis an die Reglitzwiesen unübersehbar weit im Hochsommer vor Gemüse gestrotzt! In ganz Deutschland gab es nur wenig so ausgeprägte Gemüseanbaugebiete wie die fruchtbare Gegend zwischen Greifenhagen und Pödejuch, die Stettin mit seinen 400 000 Einwohnern mit Kohl, Porree, Sellerie und Zwiebeln versorgte. Aber jetzt unter polnischer Verwaltung ist zwischen diesen Ortschaften auch nicht ein einziges Feld bestellt. Keine Zwiebel, kein Kohlkopf, keine Porree, keine Sellerieknolle ist weit und breit zu sehen.

Fahrkarte als Andenken

Um fünf Uhr morgens läuft der Zug auf dem ersten Bahnsteig des Stettiner Hauptbahnhofes ein, hält aber ganz hinten. Erstaunlich wenig Fahrgäste steigen aus. Der griechische Mitreisende ist Frau Irmgard und ihrer Tochter nicht nur beim Aussteigen behilflich, sondern hilft ihnen auch, das Gepäck durch die Sperre tragen.

„Die Fahrkarte möchte ich behalten“, sagt Frau Irmgard

dort zu dem Beamten in Deutsch, als hätte es keinen zweiten Weltkrieg, kein Potsdamer Abkommen und keine Vertreibung gegeben und als wären Eiserner Vorhang und Oder-Neiße-Linie noch völlig unbekannte Begriffe.

„Zu wem fahren Sie denn?“ fragt der Beamte ebenfalls in Deutsch, während er ihr die Fahrkarte zurückgibt, damit Frau Irmgard sie sich als Andenken aufbewahren kann.

„Zu meiner Schwester.“

„Na, die wird sich freuen!“

Wenige Schritte noch, dann steht Frau Irmgard vor dem Bahnhof. Eine Beklemmung überkommt sie. Es gibt keine Bahnofsbrücke mehr, und auf der Silberwiese am jenseitigen Oderufer ist noch alles zerstört!

Der griechische Student bemüht sich, für Mutter und Tochter samt ihrem Gepäck eine Autotaxe zu besorgen. Nach einiger Zeit findet er auch eine, aber was für eine! Der ungehobelte Chauffeur gibt sich den Anschein, als wenn er kein Wort Deutsch verstünde und läßt den Griechen allein das Gepäck im Wagen verstauen. Dieser läßt es sich sogar nicht nehmen, seine westdeutschen Mitreisenden fürsorglich bis zu ihren Verwandten zu begleiten.

Die Gefühle, die Frau Irmgard und ihre Tochter bewegt haben, während sie in dem alten Klapperkasten an der Hauptpost vorbei die Grüne Schanze hoch gefahren sind, lassen sich nicht mit Worten beschreiben. „Guck mal“, sagt Frau Irmgard plötzlich zu ihrer Tochter, während das Auto an einem großen Denkmalsockel vorbeifährt, „das war der Menzelbrunnen.“

Nach diesen Worten dreht sich der unfähige Chauffeur, der so getan hat, als wenn er nur Polnisch verstünde, im Auto um und fragt neugierig in Deutsch: „Wo kommen Sie denn her?“

„Nanu“, platzt es aus Frau Irmgard erstaunt hervor. „woher können Sie denn mit einemmal Deutsch?“

„Ich bin doch in eine deutsche Schule gegangen“, ist die Antwort.

Die Autofahrt vom Hauptbahnhof bis in die Nähe des Kaiser-Wilhelm-Platzes kostet 10 Zloty. Ehe Frau Irmgard ihre Geldtasche geöffnet hat, sind sie aber schon von dem Griechen bezahlt worden. Mit beiden Händen lehnt es der Student ab, sich das Geld wiedergeben zu lassen.

Dürftigkeit

Frau Irmgards Schwester und Schwager schlafen noch, denn das Telegramm, in dem sie ihnen von Berlin aus ihre Ankunft mitgeteilt hat, ist noch nicht angekommen, obwohl seither über sechzehn Stunden vergangen sind. Aber als es an der Tür klopfte, werden sie schnell wach. Herzlich ist die Begrüßung, Fragen werden gestellt und beantwortet — dann holt Frau Irmgard aus ihrem Gepäck eine Tüte mit Kaffee hervor. Wenn man so lange im Zuge gesessen hat, bedarf man einer Auffrischung.

Etwas zum Verkaufen?

Nach kurzer Zeit hat es sich im Hause herumgesprochen, daß Besuch gekommen ist. Die Nachbarn kamen herbei, um die Schwester aus dem goldenen Westen zu begrüßen, obwohl niemand von ihnen ein Wort Deutsch kann. Die Polen bringen sogar Butter herbei, weil die Margarine, die es zu kaufen gibt, nicht als Brotaufstrich zu verwenden ist.

Eine der Nachbarinnen hat bei ihrer Begrüßung einen Hintergedanken. Sie erkundigt sich bei Frau Irmgards Schwester sofort, ob der Besuch auch etwas zum Verkaufen mitgebracht hat. Na, und ob! Frau Irmgard weiß aus Erfahrung, von den Paketen, die sie an ihre Schwester geschickt hat, woran es im polnisch verwalteten deutschen Osten fehlt und welche Sachen wegen der hohen Zollgebühren nicht erwünscht sind.

(Wird fortgesetzt.)

Paris im Taumel des 14. Juli

Große Truppenparade — De Gaulle läßt sich feiern

Paris (dpa). Unter strahlend blauem Himmel feierte Paris den Gedenktag der Erstürmung der Bastille mit einer Truppenparade ungewöhnlichen Ausmaßes. Mindestens 300 000 festlich gestimmte Menschen, die immer wieder „Algerien ist französisch!“ riefen, umsäumten die große Prachtstraße der französischen Hauptstadt, die Champs-Elysees bis zur Place de la Concorde, über die etwa 15 000 Soldaten, 4000 ehemalige algerische Frontkämpfer und 2000 junge Mohammedaner defilierten. Fahnen- und blumengeschmückt waren Häuser, Plätze und Verkehrsmittel. Trauben von Menschen drängten sich auf den Dächern, Balkonen und an den Fensterfronten der Durchmarschstraßen. Frühmorgens schon brändete lebhafter Beifall auf, als Staatspräsident Coty und zu seiner Linken Ministerpräsident de Gaulle an der Truppenaufstellung vorbei im Wagen durch die Stadt fuhren und die Ovationen der Pariser entgegennahmen.

„Eine Armee, ein Volk, ein Geist“

Währenddessen warfen Hubschrauber über den Champs Elysees Programme mit Angaben über die Parade ab, auf

28 Bischöfe in Berlin

Berlin (Eigenbericht). Ihre Teilnahme am 78. Deutschen Katholikentag in Berlin haben bereits 28 Bischöfe zugesagt. Neben den beiden deutschen Kardinälen, dem Erzbischof von Köln, Joseph Kardinal Frings, und dem Erzbischof von München-Freising, Joseph Kardinal Wendel, sowie dem Apostolischen Nuntius in Deutschland, Erzbischof Aloysius Muench, werden 13 deutsche Erzbischöfe und Bischöfe, fünf Weihbischöfe und drei Missionsbischöfe sowie zwei österreichische, ein afrikanischer Oberhirte in Berlin erwartet.

denen das Schlagwort stand, „Eine Armee, ein Volk, ein Geist“.

Pünktlich um 8 Uhr hatten 21 Salutschüsse von der Seine-ufern her die Bevölkerung zur Beteiligung an der großen Parade aufgerufen, die diesmal ganz im Zeichen der französisch-algerischen Gemeinschaft stand. Das ohrenbetäubende Pfeifen einer Formation modernster Düsenjäger, die 300 Meter über den Köpfen der

Menge hinwegflogen und die lange Strecke der Paradedstraße in wenigen Sekunden zurücklegten, eröffnete das große Defilé, das mehrere Stunden dauerte.

Während die Parade noch voll im Gange war, flog das Flugzeug de Gaulles schon zum Mittelmeerhafen Toulon, wo zum erstenmal in der Geschichte Frankreichs am 14. Juli eine große Flottenparade abgehalten wurde. Bewußt offenbar wollte de Gaulle der Marine, die häufig als „Stiefkind“ der Landesverteidigung behandelt wurde, durch sein Erscheinen seine Verbundenheit bekunden.

Zuchthaus für Professor Vieweg

Urteil gegen den Rückkehrer bereits vor zwei Monaten gefällt

Berlin (dpa). Der ehemalige Direktor des Instituts für Agrarökonomik an der Zonenakademie für Landwirtschaftswissenschaft, Prof. Dr. Kurt Vieweg, ist vom Bezirksgericht Cottbus zu vier Jahren acht Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Der Prozeß fand, wie das Informationsbüro West am Montag meldet, schon am 18. und 19. Mai statt. Die Anschuldigung lautete auf „Geheimnisverrat“ und „Vergehen gegen das Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Zahlungsverkehrs“ der DDR. Vieweg war im April 1957 in die Bundesrepublik geflüchtet und aus familiären Gründen im Oktober 1957 nach Ostberlin zurückgekehrt, wo er sofort vom Staatssicherheitsdienst in Gewahrsam genommen wurde.

Einberufungen von Studenten

7347 von etwa 13 000 Studenten der Leipziger Karl-Marx-Universität nehmen nach einer Meldung des Informationsbüro West vom Montag in diesem Jahr erstmalig an Reservisten-Ausbildungen innerhalb der „Nationalen Volksarmee“ teil. Auch Assistenten, Oberassistenten und Dozenten müssen an den Übungen teilnehmen.

Erste Uneinigkeit in Genf

New York (ap). Zwischen den Wissenschaftlern des Westens und des Ostens, die in Genf

über die Kontrollmöglichkeiten eines Kernwaffenversuchsverbots beraten, ist zum erstenmal eine Unstimmigkeit aufgetreten, wie die „New York Times“ aus Genf meldet. Danach haben die westlichen Fachleute sich auf den Standpunkt gestellt, daß zur Feststellung von Kernexplosionen durch die ausgeschüttete Radioaktivität die Benutzung von Flugzeugen unerlässlich sei, während die Fachleute des Ostblocks erklären, die Messungen ließen sich auch von Stationen am Boden ausreichend durchführen.

KZ-Arzt bleibt in Haft

München (dpa). Die Münchener Justizbehörden haben mit Vorrang alle Schritte eingeleitet, um die Beweisunterlagen zu einem offiziellen Auslieferungsgesuch für den nach Ägypten geflüchteten ehemaligen KZ-Arzt Eisele zu sammeln. Eisele ist am Wochenende in Kairo festgenommen und am Sonntag der Kairoer Dienststelle Interpol übergeben worden. Die Entscheidung, ob Eisele das beantragte politische Asyl gewährt wird, fällt der ägyptische Innenminister persönlich. Bis zur Entscheidung, die mehrere Wochen auf sich warten lassen dürfte, wird Eisele im Ausländergefängnis in Kairo festgehalten.



BILDER DER WOCHE. Oben: Die Opfer des Staatsstreiches im Irak: Kronprinz Abdul Illah, Ministerpräsident Nuri-es-Said, König Feisal II. — Unten: Global unterrichten können sich jetzt die Bundestagsabgeordneten an einer von innen beleuchteten Weltkugel, die in der Wandelhalle des Bundeshauses aufgestellt wurde.

